

GRÜNES BÜNDNIS  
Neustadtstrasse 34  
Postfach 31  
6000 Luzern 4

RundBrief  
3/2004

Zeitschrift  
für Mitglieder  
und Interessierte



*Anna Margrit Annen – play it again – 2002 – Videostill*

## Veränderungen in der Politlandschaft

# Bewegte Zeiten

<b>Schwerpunkt</b>	<b>3</b>	<b>Initiative</b>	<b>10</b>
Die Gemeindewahlen waren für die Grünen der Stadt und der Agglo ein Erfolg.		Das Grüne Bündnis sammelt Unterschriften für die «soziale Einheitskrankenkasse».	
<b>Abstimmung</b>	<b>7</b>	<b>Kanton</b>	<b>12</b>
Über drei wichtige eidgenössische Vorlagen wird am 16. Mai abgestimmt.		Dieses Jahr soll die grüne Einbürgerungsinitiative zur Abstimmung kommen.	



# Bewegte Zeiten

Rosa Rumi, Co-Präsidentin, Alberswil

**Liebe Leserin, lieber Leser**  
**Vor Ihnen, vor dir liegt ein umfangreicher RundBrief. Er spiegelt einige wichtige Details aus dieser bewegten politischen Zeit. So haben im Kanton Luzern gerade die Gemeindewahlen stattgefunden. In den Agglomerationsgemeinden und in der Stadt waren wir Grünen mit von der Partie. In Horw ist die Partnerorganisation L2O angetreten. Einen Überblick über die Ergebnisse finden Sie, findest du auf den folgenden Seiten.**

Vorab so viel: In der Stadt hat uns das hervorragende Ergebnis von Ruedi Meier gefreut (Exekutive). Bei den Grossstadtratswahlen haben unsere zwei Listen einen WählerInnenanteil von 16,9 % (+0,6 %) erreicht. Verstärkt durch die Liste der Jungen Grünen hat die Stadtgruppe ihr Ziel, einen neunten Sitz zu gewinnen, leider nicht erreicht. Dass in der Stadt kein zusätzliches Mandat gemacht wurde, kann auf den bereits sehr hohen Stimmenanteil von fast 17 % zurückgeführt werden, mit diesem WählerInnenanteil nähert sich die GB-Stadtpartei einem Plafond, der sich möglicherweise nicht mehr wesentlich nach oben verschieben lässt. Umso erfreulicher, dass die Linke insgesamt gestärkt wurde. Es hat sich auch gezeigt, dass die Jungen Grünen von unseren WählerInnen ernst genommen werden. Sie haben mit ihrer Liste einen Sitz erobert.

Das Emmer GB unterstützt(e) den Exekutivbewerber Hanspeter Herger (SP). Die Emmer Grünen traten also ohne eigenes Exekutivzugpferd an. Dennoch erzielten sie einen beachtlichen Erfolg. Der WählerInnenanteil stieg um 1,9 auf 7,7 %. Dies bedeutet einen verdienten dritten Sitz im Einwohnerrat. Mit seinem Ergebnis bei den Krienser Exekutivwahlen hat sich Cyrill Wiget in eine gute Ausgangslage für die zweite Runde gebracht. Wir drücken die Daumen! Die Krienser GB-Liste erzielte bei den Einwohnerratswahlen einen WählerInnenanteil von 13,3 %. Zu den drei bisherigen Sitzen kommt damit ein weiterer dazu.

In Horw wurde Oskar Mathis (L2O) nach kurzer Amtszeit als Gemeinderat hervorragend bestätigt. Seine Kandidatur hatte bestimmt eine positive Ausstrahlung auf die Einwohner-

ratswahlen: Die L2O erzielte einen riesigen Stimmenzuwachs von 8,5 % auf ca. 25 %. Damit ist die L2O hinter der CVP die zweitstärkste politische Kraft in Horw und mit sieben Sitzen (zwei Gewinnen) gleich stark vertreten wie die FDP. Allerdings hat die L2O wohl den verwaisten Sitz der SP geerbt, die in Horw nicht mehr angetreten war.

Kennzeichnend für die Wahlen in all diesen Gemeinden ist, dass die Grünen überall ihren Stimmenanteil vergrössern konnten. Die Exekutiv-Kandidaten wurden in Luzern und Horw sensationell erfolgreich bestätigt bzw. die Chancen für den zweiten Wahlgang in Kriens sind intakt. Es gab keinen Abtausch der Sitze im linken Lager, und ebenso erfreulich ist, dass der Frauenanteil in unseren Fraktionen konstant hoch ist. Schade nur, dass wir in Littau nicht mit von der Partie waren, aber in vier Jahren sind ja wieder Wahlen ...

## Auch nach den Wahlen sind bewegte Zeiten angesagt

Wir stehen vor wegweisenden Sach-Abstimmungen auf eidgenössischer, auf kantonaler und auf Gemeindeebene.

Wir Grünen weisen die Abbau- und Sparvorlagen «Steuerpaket» und «11. AHV-Revision» klar zurück. Sie widersprechen unserer Auffassung von einer solidarischen Gesellschaft. Hingegen versprechen wir uns von einem Ja zur Mehrwertsteuer-Erhöhung eine Stützung der Sozialwerke, insbesondere der IV.

Unser Einsatz für eine tolerante und offene Gesellschaft ist kein leeres Versprechen – Tatbeweis sind unsere beiden kantonalen Initiativen für «Fairness bei Einbürgerungen». Mit diesen Initiativen liegt ein politischer Vorschlag bereit, der den Staat nichts kostet, aber einen wichtigen Beitrag für ein gerechtes Einbürgerungsverfahren darstellt. Die Initiativen sollen Ende Jahr endlich zur Abstimmung kommen. Vorher treten sie aber noch den Marsch durch die Institutionen an.

Ich wünsche uns allen viel Erfolg bei den kommenden Abstimmungen. Bei den Wahlen hat sich der Erfolg glücklicherweise schon eingestellt. Den Gewählten herzliche Gratulation und an dieser Stelle nochmals ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten für ihr Engagement.



Stadtrats- und Grossstadtratswahlen in Luzern

## Ein sonniger Wahlsonntag

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

**Sonntagnachmittag im Stadthaus. Kaum angekommen, kann ich schon Ruedi Meier gratulieren: Zusammen mit Ursula Stämmer und Urs W. Studer ist er mit einem hervorragenden Resultat gewählt. Das erste Wahlziel ist erreicht: Stämmer-Meier-Studer gehen mit Volldampf in ihre zweite gemeinsame Legislatur. Gratulationen von allen Seiten.**

Eine Stunde später erste Ergebnisse zu den Grossstadtratswahlen: Das GB erreicht mit den Jungen Grünen zusammen 8 Sitze. Das zweite Wahlziel ist nicht erreicht: Kein zusätzlicher Sitz, es bleibt bei den bisherigen Man-

daten. Bis um halb sieben hoffen wir auf Panaschiergewinne. Dann endlich die definitiven Resultate: Es bleibt bei acht Sitzen. Und trotzdem sind weitere Wahlziele erreicht: Die Jungen Grünen machen mit Zora Schelbert definitiv ihren Sitz, alle Bisherigen sind wiedergewählt, das Grüne Bündnis hat beim Wähleranteil weiter zugelegt und erreicht sein bisher bestes Resultat in den städtischen Parlamentswahlen.

Am Abend dann die Wahlfeier im «Neustädtli». Mehrfach herzlicher Applaus: Für Ruedi, für die Jungen Grünen, für die Gewählten, für alle Kandidatinnen und Kandidaten. Eine gute Stimmung und das Gefühl, etwas bewirkt zu haben. Und damit ein weiteres Wahlziel erreicht: Die sozialen und aufgeschlossenen Kräfte sind gestärkt. Luzern hat sich von seiner offenen Seite gezeigt. Und sonst? Keine kritischen Gedanken? Aus meinen Gesprächen und Erfahrungen sind es diese: Die Wählerinnen und Wähler der Grünen können auch streichen – vorzugsweise Männer; der städtische Vorstand tritt gegen aussen zu wenig aktiv auf – mehr Präsenz ist erwünscht.

In der Frühlingsnacht radle ich mit dem bunten Bild der im «Neustädtli» versammelten Grünen im Kopf nach Hause. Meine Tochter Selina fällt mir um den Hals und freut sich mit mir über die Wahlerfolge der Grünen.



## Gemeindewahlen in Horw

**L2O ist nun zweitstärkste Kraft!**

Karin Probst-Wirz, L2O, Horw

In den Wochen vor dem 28. März prägten neben den rot-weissen Baustellen auch solche in Grün-Gelb das Horwer Ortsbild. An vielen Stellen wurde die Bevölkerung auf L2O-Baustellen hingewiesen. Damit haben wir bewusst einen thematischen Wahlkampf geführt, was natürlich aufwändiger war, als bloss nette Köpfe, Floskeln und allenfalls populistische Parolen zu präsentieren. Der Aufwand und der grosse Einsatz unserer Leute haben sich jedoch gelohnt – und wie!

Oskar Mathis wurde bereits im ersten Wahlgang als Gemeinderat und Sozialvorsteher glanzvoll bestätigt. Nach noch nicht einmal einjähriger Amtszeit geniesst Oskar Mathis bereits das Vertrauen breiter Bevölkerungskreise. Der von ihm geleisteten Arbeit wurde die entsprechende Wertschätzung entgegengebracht: in Form von 2607 Wählerstimmen (bei einem absolutem Mehr von 1872).

Ebenfalls Grund zur Freude bereitet die Tatsache, dass die L2O in Horw nun die zweitstärkste Partei ist und damit die FDP, was die Wählerstimmen angeht, überholen konnte. Die L2O konnte um 8,5 % zulegen und hat nun einen Viertel der WählerInnen hinter sich. Nebst dem erfreulichen Umstand, dass alle fünf bisherigen EinwohnerrätInnen – Brigitte Germann, Esther Jost, Karin Probst, Jörg Stalder und Sibylle Wüthrich – bestätigt wurden, konnten auch noch zwei Sitze dazu-

gewonnen werden. Wir gratulieren den beiden Neugewählten, Gabriela Palmito und Heiri Schwegler, ganz herzlich, wünschen ihnen einen guten Start und freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der gestärkten Fraktion.



Am zweiten Wahlgang der Exekutive um das Gemeindeammannamt werden wir uns nicht mehr aktiv beteiligen. Wie bereits erwähnt, ist mit Oskar Mathis als Sozialvorsteher ein Hauptamt durch die L2O in der Regierung besetzt. Wir verzichten auf eine Wahlempfehlung, da keiner der vorgeschlagenen Kandidaten zu überzeugen vermag. Trotzdem werden wir unser Anliegen, die geforderte Neustrukturierung im Horwer Gemeinderat, weiterhin in den Wahlkampf einbringen und uns für eine Trennung von Finanz- und Bauwesen einsetzen.



Feinschliff  
für

## Texte

Ich bringe Ihre schriftlichen Arbeiten  
in Form  
Nina Ceresa  
Eidg. dipl. Korrektorin  
Fon 062 756 49 68  
Fax 062 756 55 12  
nina.ceresa@bluewin.ch

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mattiwil · 6005 St. Niklausen · Tel. 041 342 05 46

## Gemeindewahlen in Emmen Endlich der dritte Sitz!

Peter Lerch, Grossrat, Emmenbrücke

Seit 1987 ist das Grüne Bündnis (wie vorher die POCH) mit zwei Sitzen im Einwohnerrat vertreten. Endlich hat es für den dritten Sitz gereicht: Neben den Bisherigen Martina Galiza und Luzius Hafen nimmt neu die 21-jährige Charlotte Bless Platz. Der erste Ersatz ging mit dem 23-jährigen Peter Barmet auch an die Jugend.

Bei den Nationalratswahlen hat sich der Zuwachs bereits angekündigt, mit 42 % mehr GB-Listen ist er bei den Einwohnerratswahlen noch deutlicher ausgefallen. Bei der Parteistärke erreicht das GB Emmen neu 7,7 % gegenüber 5,8 % bei den Wahlen 2000 und damit drei Vollmandate. Die SP legt etwas zu und kommt auf 14,2 % und damit wie vor vier Jahren mit einem Restmandat auf sechs Sitze, die GB/SP-Fraktionsgemeinschaft damit auf 9 von 40 Sitzen. FDP (10 Sitze) und CVP (9 Sitze) erleiden wieder empfindliche Verluste und verlieren zwei bzw. einen Sitz, die SVP legt auf 30,5 % zu, gewinnt zwei Sitze und wird mit 13 Sitzen stärkste Fraktion. Für die SP-Abspaltung «demokratisches emmen»

wurden nur 77 Listen eingelegt, ihre drei Ratsmitglieder wurden abgewählt. Die EVP war chancenlos, hat aber besser als das «demokratische emmen» abgeschnitten. Die CHance21 gibts in Emmen nicht, dafür die Schweizer Demokraten (32 Listen), die mit einer reinen Frauenliste angetreten sind (d. h. nur mit der letzten Mohikanerin Maria Schürmann).

Der Frauenanteil im Einwohnerrat beträgt 27,5 %, er war auch schon höher. Für den tiefen Frauenanteil verantwortlich sind FDP und SVP mit je nur einer Einwohnerrätin. Der Gemeinderat bleibt weiterhin frauenfrei. Gewählt wurden im ersten Wahlgang von den vier Bisherigen nur zwei (Bühlmann von der SVP sowie Schnellmann von der CVP), im zweiten Wahlgang wird Hanspeter Herger wieder versuchen, einen Sitz für die Linke zu erobern.

Die Ausgangslage ist nicht hoffnungslos: der SP/GB-Kandidat lag nur 250 Stimmen hinter dem zweitplatzierten FDP-Kandidaten und hat zwei andere bürgerliche Kandidaten geschlagen. Die FDP will zwar im zweiten Wahlgang mit zwei gemeinsamen Listen mit der SVP ihre krasse Übervertretung retten. Die CVP hat aber ihr Schäfchen bereits im Trockenen und sowohl mit FDP als auch SVP noch eine Rechnung offen. Dazu tritt der Zunftmeister Balmer wieder an und zieht auf der rechten Seite Stimmen ab. Die Mobilisierung durch die eidgenössischen Vorlagen dürfte zu unseren Gunsten sein.



Mehr Luft  
für Ihre Anliegen.

**Xundheit**  
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstrasse 28, 6002 Luzern, Telefon 041 227 77 77, www.xundheit.ch

## Krienser Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen Grosserfolg – nun gehts um die Wurst

Patrick Graf, GB-Grossrat, Kriens

### Sitzgewinn im Einwohnerrat – willkommen, Pia Zeder Thali

Die Krienser Einwohnerratswahlen waren für das Grüne Bündnis ein Riesen-Erfolg. Mit einem sensationellen Stimmenanteil von 13,3 % konnten wir – wie schon vor vier Jahren – einen Sitz dazugewinnen. Damit hat sich die GB-Fraktion innerhalb von vier Jahren von zwei auf vier Sitze verdoppelt! Besonders freut uns auch, dass dieser Sitzgewinn nicht auf Kosten der SP oder der JCVP ging, sondern auf Kosten der Bürgerlichen.

Auf der rechten Seite konnte leider auch die SVP zulegen, und zwar zulasten der FDP. Der

Einwohnerrat Kriens sieht jetzt sehr ausgeglichen aus mit vier gleich grossen Parteien und einem fast ebenso grossen Grünen Bündnis: SP 6 (-), CVP 6 (-1), FDP 6 (-3), SVP 6 (+2), GB 4 (+1), JCVP 1 (-) und neu Chance21 1 (+1).

Ganz herzlich gratulieren wir Pia Zeder Thali zur Wahl in den Einwohnerrat. Die Fraktion freut sich auf sie und kann die Verstärkung gut gebrauchen. Mit ihr sind nun die Frauen wieder gleich stark in der Fraktion vertreten wie die Männer.

Die GB-Fraktion besteht neu aus Cyrill Wiget, Susanne Lanz, Heinz Schwarz und Pia Zeder Thali. =>

### Gute Chancen für zweiten Wahlgang

Sehr erfreulich ist auch das Resultat von Cyrill Wiget in der Gemeinderatswahl. Mit rund

35 % der Stimmen kam er auf den sechsten Platz, gleich hinter den bisherigen und knapp hinter dem (von der FDP unterstützten) SVP-Kandidaten. Cyrill lag damit deutlich vor den anderen neuen Kandidaten von SP, CVP und Chance21. Wir gratulieren ihm herzlich zu diesem Glanzresultat.

Die Ausgangslage für den zweiten Wahlgang ist nun hochinteressant und für das Grüne Bündnis besser denn je. Nach dem Rückzug der übrigen neuen Kandidaten gibt es jetzt ein hochspannendes Duell zwischen Cyrill Wiget und Robert Thalmann von der SVP. Kriens steht also eine richtungsweisende Wahl bevor. Ebenfalls in den zweiten Wahlgang muss auch FDP-Finanzminister Bruno Achermann – er dürfte aber als Bisheriger fast sicher gewählt werden.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH  
EDGAR UEBERSCHLAG  
ARCHITEKTUR  
BAUÖKOLOGIE  
BAUBIOLOGIE  
BRÜGGLIGASSE 2  
CH-6004 LUZERN  
TEL. 041-412 02 90  
FAX 041-412 02 91

## Eidgenössische Abstimmung über das Steuerpaket

# Geschenke, die schmerzen

Michael Töngi, Mitglied kantonaler Vorstand, Kriens

**Das Steuerpaket bringt einigen wenigen grosse Entlastungen. Alle andern müssen für diese Geschenke an die Reichen zahlen, denn die Folge des Steuerpakets sind Gebührenerhöhungen und ein Abbau bei den staatlichen Leistungen.**

Die BefürworterInnen des Steuerpakets verkaufen die Vorlage unter dem Stichwort «Förderung der Familien und des Mittelstandes». Wer sich die Vorlage genauer anschaut, kann nur den Kopf schütteln. Es profitieren sehr wenige:

- 77 % der Ausfälle gehen an Steuerpflichtige mit über 150'000 Franken Bruttoeinkommen, an Hauseigentümer und «Börsianer».
- Bei der Familienbesteuerung sind die Zahlen noch krasser: Die 5 % reichsten Haushalte kassieren 61 % der Steuererleichterungen. Eine Familie mit einem Einkommen von 70'000 Franken erhält eine Steuerentlastung von 99 Franken, wenn sie dagegen 300'000 Franken verdient, beträgt die Steuerreduktion volle 7000 Franken.

### **Krasse Benachteiligung der Mieter und Mieterinnen**

Besonders krass ist die Bevorteilung der WohneigentümerInnen. Sie zahlen heute dank verschiedenen Abzugsmöglichkeiten weniger Steuern als Mietende. Mit dem Steuerpaket müssen sie neu den Eigenmietwert nicht mehr versteuern. Dies wurde von den Grünen ausdrücklich begrüsst, da dieser für jene, die ihre Wohnung abbezahlt haben, eine grosse Belastung bedeuten kann. Doch wurden leider im Gegenzug die Steuerabzüge nicht vollständig abgeschafft: Die Wohneigentümer können weiterhin in den ersten Jahren Hypothekarzinsen abziehen, Unterhaltskosten über 4000 Franken ebenfalls, und sie können steuerfrei bausparen.

Dank diesen Möglichkeiten kann eine Familie mit Wohneigentum jährlich über 20'000 Franken vom Einkommen abziehen und zahlt mehrere tausend Franken weniger Steuern als eine Familie, die in Miete wohnt; bei gleichem Einkommen, wohlgemerkt. Selbst FDP-Bundesrat Kaspar Villiger nannte diese Bevorteilung der Wohneigentümer «übertrieben». Auch die neue Familienbesteuerung ist völlig falsch aufgegleist: Die massiven Steuerge-

chenke an die Bestverdienenden entlasten jene, die es nicht nötig haben. Viel gescheiter wären Abzüge pro Kind direkt von der Steuersumme und nicht vom steuerbaren Einkommen. So würden alle Familien gleich stark profitieren.

### **Weitere Sparübungen**

Die Ausfälle sind das eine. Das andere sind die Sparübungen, die daraus folgen. Der Kanton Luzern hat schon jetzt die Sparschraube massiv angezogen und will zum ersten Mal Personal entlassen – unabhängig vom Steuerpaket. Ihn und seine Gemeinden würde das Steuerpaket mit weiteren Ausfällen von rund 140 Millionen Franken treffen.

Andere Kantone haben bereits Sparvorschläge aufgelistet, um die Steuerausfälle nach einer Annahme des Steuerpaketes auszugleichen. Urs Gasche, SVP-Finanzdirektor von Bern, spricht von der Stilllegung von 24 Bus- und Bahnlinien, von der Schliessung der medizinischen Fakultät und von Bezirksspitalern, er spricht von grösseren Schulklassen sowie einem Abbau bei Spitex und Prämienverbilligung. Klar ist ebenfalls, dass viele Kantone und Gemeinden ihre Steuern und Gebühren erhöhen müssten, anders wären die Ausfälle nicht wettzumachen.

### **Nein zu dieser Umverteilung**

Das Steuerpaket bedeutet einen weiteren Schritt zur neuen Umverteilungspolitik des Staates: Während «oben» entlastet wird, werden die unteren Einkommenschichten stärker belastet – über höhere Gebühren, eine höhere Mehrwertsteuer und schlechtere staatliche Leistungen. Dazu muss ganz klar Nein gesagt werden.



### **Abstimmungsparole**

Steuerpaket

**NEIN**

## GB im Komitee «Nein zur 11. AHV-Revision» «Hände weg von der AHV!»

Louis Schelbert, Koordinator des Luzerner Nein-Komitees

Am 16. Mai kommt die 11. AHV-Revision zur Abstimmung. Dabei handelt es sich um eine reine Abbauvorlage. Das «Luzerner Komitee Nein zur 11. AHV-Revision» hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, mitzuhelfen, dieses Geschäft in der Volksabstimmung zum Scheitern zu bringen. Folgende Abbaumassnahmen sind in der 11. AHV-Revision enthalten:

- Die Renten werden nur noch alle 3 Jahre angepasst
- Zehntausenden Witwen wird die Rente gestrichen oder gekürzt
- Das Rentenalter der Frauen wird hinaufgesetzt.

Dazu kommt ein krasser Wortbruch. Mit den Abstimmungen über die 10. AHV-Revision und die grüne Volksinitiative zur Senkung des Rentenalters auf 62 Jahre wurde versprochen, mit der nächsten AHV-Gesetzesrevision ein soziales flexibles Rentenalter für alle einzuführen. Doch die 11. Revision bringt nur eine Flexibilität für Besserverdienende. Damit werden abgegebene Versprechen gebrochen und wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse übergangen.

Befürworter der Revision überbieten sich in düsteren Prognosen. So tönte es schon vor 50 Jahren. Doch dank der AHV gibt es heute in der Schweiz kaum noch Altersarmut. Jene politischen Kreise, die sich heute als «Retter der AHV» aufspielen, haben sich damals gegen ihre Gründung gewehrt. Nicht finanzierbar, hiess es. Die Praxis hat sie Lügen gestraft. Die AHV ist unser wichtigstes Sozialwerk und das soll sie bleiben.

Per 2003 wurde für die AHV ein Milliardendefizit budgetiert. Herausgekommen ist ein Überschuss von 2 Milliarden Franken. Der riesige Unterschied von 3 Milliarden Franken, das sind 10 Prozent der jährlichen Rentenauszahlungen, ist mehr als eine tolerierbare Unschärfe. Es bestärkt die Vermutung, der Bundesrat male aus politischen Gründen die AHV-Zukunft schwarz.

Wir erwarten dagegen vom Bundesrat

nicht politische Propaganda, sondern faire und sachgerechte Informationen.

Die Tatsachen zeigen: Die AHV ist sicher und grundsolide finanziert. Die Horrorszenarien dienen in erster Linie dazu, das Vertrauen in die AHV zu erschüttern. Unser Komitee ist überzeugt: Unter normalen wirtschaftlichen Entwicklungen wird die AHV – wie schon in den letzten 50 Jahren – auch in diesem Jahrhundert sicher und grundsolide bleiben. Für Rentenabbau, wie er in der 11. AHV-Revision vorgesehen ist, oder gar für eine Erhöhung des AHV-Alters auf 67 Jahre, wie es Couchepin will, besteht kein Grund.

Gegen die 11. AHV-Revision wehrt sich im Kanton das «Luzerner Komitee Nein zur 11. AHV-Revision», das aus Parteien, Frauenorganisationen, Rentnerverbänden, Gewerkschaften und Personalorganisationen gebildet wurde und dem Vertreterinnen und Vertreter folgender Organisationen angehören:

- Parteien: CSP, Grünes Bündnis, Junge Grüne, Juso, SP
- Dachverbände: Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände (ALP), Luzerner Gewerkschaftsbund (LGB), Vereinigung der Luzerner Angestelltenverbände (VLA)
- Frauenorganisationen/-verbände: GB-Frauen, SP-Frauen, GBI-Frauen, SMUV-Frauen, VHTL-Frauen, vpod-Frauen
- RentnerInnen-Organisationen: Luzerner Seniorinnen- und Senioren-Verband, Seniorerrat Luzern
- Einzelorganisationen: comedia, Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (SMUV), Gewerkschaft Kommunikation (Geko), Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel (VHTL), Kaufmännischer Verband Luzern, Katholische Arbeiterbewegung des Kantons Luzern (KABLU), Luzerner Lehrerinnen- und Lehrer-Verband (LLV), Luzerner Staatspersonalverband (LSPV), Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonalverband (SEV), Syna, Transfair, Verband des Personals öffentlicher Dienste (vpod).



### Abstimmungspareole

AHV-Revision

**NEIN**

## Erhöhung der Mehrwertsteuer

# Ein Ja hilft für zehn, fünfzehn Jahre

Heinz Bäbler-Trinkler, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

**Sollten die StimmbürgerInnen am 16. Mai der Erhöhung der Mehrwertsteuer zustimmen, erhalten wir die Zeit, die notwendig ist, um neue Finanzierungsmodelle für AHV und IV zu entwickeln. Ein Nein hätte zur Folge, dass die Behinderten schon ab 2005 mit drastischen Einbussen rechnen müssten.**

Die Mehrwertsteuer (MWSt) ist eine Konsumsteuer und hat problematische Aspekte – trotzdem sollten wir der geplanten Erhöhung um 1,8 % zustimmen. Damit können wir zum einen die Finanzierung der AHV für die nächsten 10–15 Jahren sichern. Nach den heutigen Berechnungen benötigen wir 2010 0,5 % und bis 2020 nochmals 1 % MWSt, also für die AHV insgesamt 1,5 %. Zurzeit stimmen wir über ein einziges Prozent zugunsten der AHV ab. Trotz des reduzierten halben Prozentes erhalten wir mit einem Ja die Zeit, um langfristige Finanzierungsmodelle in die politische Diskussion einbringen zu können. Ich bin überzeugt, dass wir im Jahr 2010 bzw. 2020 die AHV nicht mehr nach dem gleichen Modell wie 1950 finanzieren können.

Der IV drohen drastische Sparübungen, sollte die Erhöhung der MWSt am 16. Mai scheitern. Berechnungen zeigen, dass nach einer Ablehnung der Vorlage die IV-Schulden bis Ende 2007 auf 12,4 Mia. Franken steigen würden (Ende 2004, so die momentanen Schätzungen, wird die IV mit rund 6,3 Mia. verschuldet sein). Diese Zahlen zeigen, wie dringend die IV auf die 0,8 % MWSt angewiesen ist (ca. 2 Mia. Franken jährlich). Ein Defizit, wie es bis 2007 ohne MWSt-Erhöhung droht, könnte nur mit drastischen Sparmassnahmen (neben Einnahmen wie die Erhöhung von Lohnabzügen) ausgegült werden.

Offenbar wollen die GegnerInnen der Mehrwertsteuer-Erhöhung die IV in den finanziellen Ruin treiben, um radikale Leistungskürzungen durchzusetzen (z. B. die Streichung verschiedener psychischer Erkrankungen aus dem Katalog der IV-Krankheiten).

### Die problematischen Aspekte

Die Mehrwertsteuer trifft alle Konsumierenden gleich stark. Dies unabhängig von ihrem Einkommen. Hier muss die Frage der sozialen Gerechtigkeit diskutiert werden:

- Verdienende eines Nettoeinkommens von 60'000 Franken (nach Abzug von Steuern und obligatorischen Versicherungen) zahlen ca. 3'200 Franken MWSt. Sie zahlen pro 1 Prozentpunkt Erhöhung der MWSt rund 400 Franken (Studie der *economiesuisse*, 8/03).
- Eine MWSt von 5 % ist bei einem Einkommen von 30'000 Franken belastender als eine MWSt von 6 % bei einem Einkommen von 170'000 Franken.
- Höhere Einkommen profitieren tendenziell eher von der MWSt. Sie geben von ihrem frei verfügbaren Einkommen einen höheren prozentualen Anteil aus für Leistungen, die von der Steuer ausgenommen sind (Ausbildung, Kultur, Wohnung u.a.), oder Leistungen, die steuerlich privilegiert sind (z. B. Hotel).
- Schon heute – bei einem Satz von 7,6 % – ist die MWSt die wichtigste Einnahmequelle des Bundes: Es sind rund 17 Mia. Franken. Es wird davon ausgegangen, dass pro Mehrwertsteuerprozent ca. 2,3 Mia. dem Bund zusätzlich in die Kassen fliessen werden.
- Rund 4,4 % aller Ausgaben von Gemeinden und Kantonen fliessen via Mehrwertsteuer an den Bund (via Lieferantenrechnung aus den Bereichen Strasse, Schule, Spital, EDV usw.), dies sind rund 4 Mia. Franken jährlich. Zwar handelt es sich bei der Mehrwertsteuer um eine Konsumsteuer – die Konsumierenden tragen etwa 46 % zum Gesamtertrag bei, Kantone/Gemeinden ca. 23 %. Trotzdem – mit einem Ja können wir die Finanzierung von AHV und IV für die nächsten Jahre sichern. Diese Zeit müssen wir für die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle nutzen. Meiner Ansicht nach können wir künftige Aufgaben weder über zusätzliche Lohnprozente noch über mehr MWSt-Prozente finanzieren. Mögliche Ertragsquellen sind (die Ideen sind nicht gerade neu und revolutionär, aber die Umsetzung ist heute immer noch schwer vorstellbar): nationale Erbschaftssteuern, Reichtumssteuern, Energiesteuern.



### Abstimmungsparole

Erhöhung der Mehrwertsteuer

JA

## Unterschriften für soziale Einheitskrankenkasse

# Gesunde Krankenkassenprämien

Maria Portmann-Huwiler, GB-Sekretärin

Das Grüne Bündnis hilft mit bei der Unterschriftensammlung für die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse». Mit der neuen Kasse soll die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eingedämmt werden. Die Krankenkassenprämien werden einkommens- und vermögensabhängig.

Die bitterste Pille für viele EinwohnerInnen der Schweiz ist die jährlich wiederkehrende Mitteilung ihrer Krankenkasse, dass die monatliche Prämie für das folgende Jahr erneut steigt. Die Krankenkassenprämien gehören zu den grössten Sorgen der schweizerischen Bevölkerung. Während in den Neunzigerjahren die Einkommen stagniert haben, viele ArbeitnehmerInnen sogar massive Lohn-einbussen hinnehmen mussten, sind die Krankenkassenprämien ununterbrochen angestiegen. Auf der anderen Seite sparen die Regierungen im Gesundheitswesen. Die Kantone haben ihre Beiträge an die Pflegekosten in den Spitälern massiv gekürzt. Zunehmend werden deshalb die Spitalbetten über die sozial ungerechten Kopfprämien der Krankenkassen statt über sozial gerechtere Steuereinnahmen bezahlt.

Ein wichtiger Grund für die jährliche Erhöhung der Krankenkassenprämien liegt in den steigenden Gesundheitskosten. Sie sind unter anderem dadurch bedingt, dass die Bevölkerung immer älter wird (z. B. Pflegeheimkosten) dass das heutige Gesundheitssystem die wachsenden Bedürfnisse der Versicherten wegen falscher Anreize unterstützt und dass die neuen Medizinaltechnologien und -therapien wie auch die neuen Medikamente sehr teuer sind.

### Prämienverbilligung, ein politischer Rückblick

Für das Jahr 2004 hat die Regierung des Kantons Luzern beschlossen, den Anspruch auf Prämienverbilligung von 8,5 % auf 9,5 % des steuerbaren Einkommens zuzüglich 10 % des steuerbaren Vermögens heraufzusetzen. Die Bevölkerung des Kantons Luzern hat 1999 die Initiative des Grünen Bündnisses abgelehnt, die einen Anspruch auf Prämienverbilligung bei 7 % des steuerbaren Einkommens gesetzlich festlegen wollte. Das Nein zur Initiative kam zustande, nachdem die Regierung den

Anspruch auf Prämienverbilligung für das Jahr 1999 auf 7 % festgelegt hatte und sagte, die Forderungen der Initiative seien erreicht. Seit 2000 sind aber die Sätze immer weiter gestiegen, immer mehr BewohnerInnen des Kantons Luzern werden von der Prämienverbilligung ausgeschlossen. Mit dem geplanten Sparpaket der Luzerner Regierung, dem allgemeinen Spardruck an die Regierungen und bei der Annahme des eidgenössischen Steuerpakets am 16. Mai sind die Prämienverbilligungsgelder unter massivem Druck.

### Einheitskrankenkasse als Medizin

Die Grünen Schweiz kämpfen weiter gegen die hohen Krankenkassenprämien. Sie haben am 11. Januar 2003 an ihrer Delegiertenversammlung in Luzern beschlossen, mit anderen Organisationen zusammen die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse» zu lancieren. Die Unterschriftensammlung läuft seit dem 10. Juni 2003. Wir laden alle ein, einen Unterschriftenbogen auszudrucken und Unterschriften zu sammeln, [www.gruene.ch/d/aktuell/einheitskrankenkasse.asp](http://www.gruene.ch/d/aktuell/einheitskrankenkasse.asp) Die soziale Einheitskrankenkasse soll der Prämienexplosion Einsparungen und sozialen Ausgleich entgegenstellen. Für die Grundversicherung soll es in der Schweiz nur noch eine einzige Krankenkasse geben. Mit ihr sollen zwei Ziele erreicht werden:

**1. Kosteneinsparungen:** Mit einer einzigen Krankenkasse für die Grundversicherung entfallen die Werbekosten, mit denen die Kassen bis jetzt KundInnen angeworben haben, und die Verwaltung wird einfacher und billiger. Der Einfluss und Druck bei den Tarifverhandlungen mit den AnbieterInnen der medizinischen Leistungen nimmt zu, die Tarife sinken in der Tendenz. Die Rechnungen der medizinischen LeistungserbringerInnen (Spitäler, ÄrztInnen, TherapeutInnen, usw.) sind leichter zu vergleichen und deshalb besser zu kontrollieren, schwarze Schafe unter den AnbieterInnen leichter zu erkennen und zur Rechenschaft zu ziehen. Im Verwaltungsrat der sozialen Einheitskrankenkasse sind Leistungserbringer, Versicherte und Behörden zu gleichen Teilen (tripartit) vertreten. Damit sind alle am Gesundheitswesen beteiligten Partner in die Verantwortung eingebunden, die beste



Voraussetzung dafür, dass der Wille zum Sparen umgesetzt wird.

**2. Soziale Abfederung der Prämien:** Die Prämien werden nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten festgelegt. Wer viel verdient, zahlt mehr, wer wenig verdient, zahlt weniger.

Die Einheitskrankenkasse ist in den Reihen der Grünen nicht unbestritten. Während sie in der lateinischen Schweiz hohe Akzeptanz erreicht, die westschweizerischen Sanitätsdirektoren gar überlegen, die Einheitskasse in der ganzen Westschweiz einzuführen, gibt es in der Deutschschweiz SkeptikerInnen.

### Echte Probleme werden verdrängt

Die GegnerInnen der Einheitskrankenkassen sagen, es brauche den Wettbewerb zwischen verschiedenen Kassen, um kostengünstig zu arbeiten. Ohne Wettbewerb nehme die Kundentreue ab. Die Erfahrungen zeigten, dass eine einzige grosse Kasse bei den Tarifverhandlungen nachsichtiger sei als eine Gemeinschaft von vielen einzelnen Kassen. Sie befürchten, dass sich bei den Tarifverhandlungen spezialisierte Ärzte aus der Grundversicherung herausnehmen und ihre Leistungen nur noch Versicherten mit einer Zusatzversicherung anbieten (Zweiklassenmedizin). Erfahrungen mit Ländern, die staatliche Gesundheits- und Versicherungssysteme kennen, zeigen, dass die Tendenz zu Versorgungspässen besteht.

Am schärfsten kritisieren die GegnerInnen, die Einheitskasse löse keines der Grundübel,

die zur Kostenexplosion führen, sie könnte im Gegenteil sogar kontraproduktiv wirken, indem das Kostenwachstum noch weiter beschleunigt würde. Weder schaffe sie Abhilfe gegen die teuren Medikamente, Untersuchungen und Therapien noch gegen die Mengenausweitung der LeistungserbringerInnen.

### Hervorragendes Gesundheitssystem

BefürworterInnen und GegnerInnen des GB sind sich einig darin, dass die Schweiz ein im internationalen Vergleich hervorragendes Gesundheitssystem hat, das auch etwas kosten darf. Die Kosten im Gesundheitswesen werden mit oder ohne soziale Einheitskrankenkasse weiterhin steigen, denn die Bevölkerung wird immer älter und neue, meist teure Medikamente und Behandlungsmethoden sollen allen zugänglich sein.

### Standaktion

Das Grüne Bündnis beteiligt sich an der nationalen Unterschriftensammlung für die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse». Am 15. Mai findet dazu in der Stadt Luzern von 9.00 bis 13.00 Uhr eine Standaktion statt. Bitte beteiligen Sie sich an der Unterschriftensammlung. Füllen Sie den Unterschriftenbogen, den wir diesem Rundbrief beilegen, aus und helfen Sie mit bei der Standaktion.

Auskunft: Tel. 041 360 79 66 (vormittags) oder lu@gruene.ch  
Informationen: [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch)

## GB-Frauen aktiv

# Rita Blättler übernimmt die Leitung

Sekretariat Grünes Bündnis, Luzern

Am GB-Frauentreff vom 22. März orientierte Cécile Bühlmann über das Referendum zum Stammzellengesetz: Das Referendum kommt zustande. Die GB-Frauen werden sich im Abstimmungskampf engagieren. Eine Dokumentation zum Thema kann auf dem GB-Sekretariat bestellt werden.

Rita Blättler, Gleichstellungsbeauftragte, übernimmt im Sommer die Leitung der GB-Frauenengruppe. Als Gleichstellungsbeauftragte kennt sie die Frauennetze und ist natürlich Profi in Gleichstellungsfragen. Wir sind sehr glücklich, dass sie diese Aufgabe übernimmt. Im September wird die Mutterschaftsversicherung zur Abstimmung kommen. Bereits im

April beginnen die überparteilichen Vorbereitungen der Frauen für diesen Abstimmungskampf. Wir GB-Frauen sind dabei.

Die nächsten Sitzungsdaten: Dienstag, 25. Mai, und Montag, 13. September, je 19.30 Uhr, GB-Sekretariat. Am 25. Mai überlegen wir, wie wir im Abstimmungskampf unserer Einbürgerungsinitiativen gemeinsam mit Migrantinnen einen Frauenschwerpunkt setzen können. Agatha Fausch bereitet diesen Teil des Abends vor. Die beiden Einbürgerungsinitiativen kommen vermutlich im September zur Abstimmung. Bitte reserviert euch die Daten!



## Einbürgerungsinitiativen: Jetzt gehts los ... ... aber es gibt noch viel zu tun!

Patrick Graf, GB-Grossrat, Kriens

Unsere beiden Einbürgerungsinitiativen wurden am 15. Februar 2002 mit rund 4'500 gültigen Unterschriften eingereicht – also vor über zwei Jahren. Vor einem Jahr hat der Grosse Rat die Behandlung der Initiativen um ein Jahr hinausgeschoben, mit der fragwürdigen Begründung, man wolle zuerst die Bundesgerichtsentscheide und die Reform des Einbürgerungswesens auf Bundesebene abwarten.

### Was wollen die beiden Initiativen?

Die erste Initiative «für einheitliche Einbürgerungen» verlangt, dass Einbürgerungen abschliessend von einer Einbürgerungskommission (oder vom Gemeinderat) entschieden werden, und dass ablehnende Entscheide begründet werden müssen. Damit würde das Gremium entscheiden, welches mit den Gesuchstellenden ein Gespräch führt und das über alle notwendigen Informationen für einen sachlich begründeten Entscheid verfügt. Unbegründete Entscheide und damit auch Urnenentscheide wie in Emmen wären also nicht mehr erlaubt. Auch Entscheide in der Gemeindeversammlung und im Parlament wären nicht mehr möglich, da beide aus Daten- und Persönlichkeitsschutzgründen gar nicht über die notwendigen Informationen verfügen können.

Die zweite Initiative «für überprüfbare Einbürgerungen» möchte erreichen, dass auch Einbürgerungsentscheide mit einer Beschwerde an das Verwaltungsgericht überprüft werden können. Dies ist bei anderen Verwaltungsakten (z. B. Baugesuchen) heute ja selbstverständlich.

### Der Gegenvorschlag der Regierung

Nun liegt endlich die Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat vor. Die Regierung lehnt beide Initiativen ab. Dies ist sehr zu bedauern, überrascht aber nicht – besonders nachdem sich die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates im Sommer dafür ausgesprochen hat, Einbürgerungen an der Gemeindeversammlung weiterhin zuzulassen. Immerhin schlägt die Regierung einen Gegenvorschlag zur ersten Initiative vor. Dieser sieht erstens vor, dass grundsätzlich eine Kommis-

sion für Einbürgerungen zuständig ist, da dies «das geeignete Organ» ist. Trotzdem können die Gemeinden sich aber auch für den Gemeinderat, das Parlament oder die Gemeindeversammlung entscheiden. Damit dürfte sich gegenüber heute kaum etwas ändern, da Urnenentscheide nach dem Bundesgerichtsentscheid sowieso nicht mehr erlaubt sind.



Zweitens soll im Parlament oder an der Gemeindeversammlung ein Gesuch nur noch abgelehnt werden können, wenn ein sachlich begründeter Ablehnungsantrag vorliegt. Das ist gegenüber heute immerhin ein gewisser Fortschritt. Zwar schreibt das Bundesgericht heute schon eine Begründung vor; unterdessen gab es aber erneut ablehnende Entscheide an Gemeindeversammlungen ohne Diskussion und mit nachträglich zusammengebastelten haarsträubenden Begründungen wie z. B. «... wurde in einem demokratischen Entscheid abgelehnt» (was so viel heisst wie ohne Grund).

### Wie geht es weiter?

Zunächst kommt die Vorlage in die vorbereitende Staatspolitische Kommission, der auch ich angehöre. Die Kommission hat das Geschäft wegen Überlastung leider erst Mitte Mai traktandiert – aber lieber etwas später als unter Zeitdruck diskutieren.

Mitte Juni kommen die Initiativen in den Grossen Rat. Er wird einerseits über die Abstimmungsempfehlung entschieden und andererseits über den Gegenvorschlag der Regierung. Falls der Gegenvorschlag im Parlament



überlebt – und das erscheint angesichts der Diskussionen nach dem Bundesgerichtsentcheid ziemlich unsicher – gibt es eine zweite Lesung, wahrscheinlich im September. Wenn nicht, ist das Geschäft schon im Juni bereit für die Abstimmung.

Daraus ergibt sich der mögliche Abstimmungstermin. Falls der Gegenvorschlag scheitert, wäre eine Abstimmung schon im September möglich, ansonsten dürften die Initiativen wohl im November vors Volk kommen. Etwa gleichzeitig werden wir auf Bundesebene über die Verfassungsgrundlage für die erleichterte Einbürgerung der zweiten und dritten Generation abstimmen. Es ist zu hoffen, dass die Regierung die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zur Einbürgerung zusammen zur Abstimmung bringen wird.

**Die Chancen sind intakt – aber es braucht viel Überzeugungsarbeit**

Die guten Argumente sprechen für uns und unsere Initiativen. Auch die Regierung schreibt in ihrer Bot-

schaft, dass eine Einbürgerungskommission die beste Lösung ist. Sie hat aber leider nicht den Mut, diese Einsicht zu Ende zu denken, und ermöglicht damit den Gemeinden, auch schlechtere Lösungen zu wählen.

Einige Gemeinden aber haben die Vorteile der Einbürgerungskommission schon entdeckt. Sursee und Hochdorf kennen seit einiger Zeit diese Lösung und machen damit beste Erfahrungen. Mit Horw kommt ab September eine weitere Gemeinde dazu. Und sogar Emmen könnte sich vom Saulus zum Paulus wandeln: Nach den unsäglichen und auch für den Ruf der Gemeinde fatalen Urnenentscheiden wird nun die Einführung einer Einbürgerungskommission intensiv diskutiert. Was für ein besseres Argument gäbe es für unsere Initiativen?

Leider scheinen aber die Meinungen vieler bürgerlicher Politiker ziemlich festgefahren, und es wird bei diesem Thema bekanntlich gern emotional und selten sachlich diskutiert. Dies gilt wohl leider auch für viele «Stammtische» und grosse Teile der Bevölkerung. Wir müssen uns darum auf einen anstrengenden und wahrscheinlich ziemlich unschönen Abstimmungskampf gefasst machen. Es steht uns also noch viel Arbeit bevor: Packen wirs an!



Luzerner 1. Mai-Komitee

**1. MAI**  
gegen Sozialabbau

**Hände weg  
von der AHV!**

## TAG DER ARBEIT

Samstag, 1. Mai, Kapellplatz, Luzern

- Ab 11 Uhr** Festzelt mit Musik, Grill, Raclette und Getränken
- 13.45 Uhr** **Besammlung** auf dem Kapellplatz zum traditionellen **Demonstrationszug**
- 14 Uhr** **Route:** Kapellplatz – Seebrücke – Hauptpost (Kurzansprache) – Bahnhofstrasse – Jesuitenvorplatz (Kurzansprache) – Reussbrücke – Metzgerrainle – Weinmarkt (Kurzansprache) – Kapellgasse – Kapellplatz
- 15.30 Uhr** Hauptansprache auf dem Kapellplatz: Rita Schiavi, Vizepräsidentin GBI Schweiz, zum 1. Mai-Thema „**HÄNDE WEG VON DER AHV – Alt und Jung gemeinsam**“
- 17 Uhr** **Risotto-Ausgabe:** Festzelt auf dem Kapellplatz
- Ab 17 Uhr** Musik und Unterhaltung mit der Rhythmusgruppe „**Preparen Candela**“
- Bis 22.30 Uhr** Festbetrieb im Zelt auf dem Kapellplatz
- 
- Abend** Diskussion in der **Boa**: „**Palästina: Schluss mit der Besetzung – Stop the wall**“, danach **Konzert**

### 1. Mai-Vorfeier

am Freitag, 30. April 2003, 20 Uhr, Sentisaal, Baselstrasse 21, Luzern

Kontradiktorische Podiumsdiskussion:

**Antiglobalisierung – Bewegung in der Krise?**  
(Detailangaben siehe Tagespresse)

**Solidarität – weltweit**

# Wie gross darf eine Stadt sein? Luzern und seine Stadtdörfer

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

**Ob Luzern und die Agglomerationsgemeinden durch einen Zusammenschluss gewinnen, ist umstritten. Auch innerhalb des Grünen Bündnisses.**

Was bringt ein Zusammenschluss der Gemeinden Luzern und Littau? Diese Frage versucht eine Machbarkeitsstudie zu beantworten, welche die Behörden der beiden Gemeinden in Auftrag gegeben hatte. Bis zum 15. Mai läuft eine Vernehmlassung zu diesem umfangreichen Bericht.

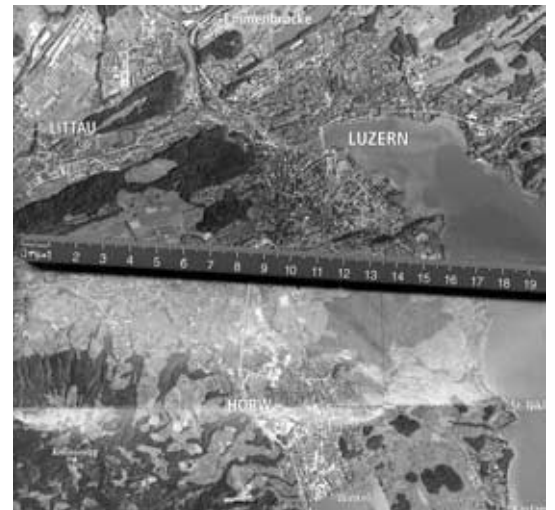
Der Bericht zeigt detailliert die Auswirkungen eines Zusammenschlusses auf. Das Grüne Bündnis Luzern und die Agglomerationsparteien haben sich mit dem konkreten Anliegen einer Fusion von Luzern und Littau auseinander gesetzt und sich auch die Frage gestellt, ob generell Luzern durch einen Zusammenschluss der wichtigsten Agglomerationsgemeinden gestärkt werden soll. Im Gegensatz zur SVP oder der CHance21, welche in Kriens die Einwohnerratswahlen mit dem Slogan «Kein Grossluzern, Kriens soll ein Stadtdorf bleiben» bestritten, sind im GB die Meinungen noch nicht klar.

Erste Diskussionen haben gezeigt, dass die Stadtluzerner Partei eher für eine Fusion ist. Sie sieht eine Chance, wenn die Stadt Luzern weiter wachsen kann und durch Fusionen weitere Entwicklungsmöglichkeiten erhält. In der Stärkung des Zentrums sieht sie einen Gewinn für die ganze Agglomeration und hofft, dass das städtische Denken im Kanton mehr Gewicht erhält.

Das Hauptargument lautet: Mit einem Zusammenschluss könnte die manchmal schwierige Zusammenarbeit in der Region vereinfacht werden; viele Probleme liessen sich besser lösen, wenn anstelle diverser Gemeinden, Zweckverbände und Stiftungen eine grosse Gemeinde treten würde.

### Skepsis in der Agglo

Die Parteien in der Agglomeration stehen einer Fusion skeptisch gegenüber. Sie kritisieren den Demokratieverlust und befürchten eine Stärkung des Zentrums und eine Marginalisierung ihrer eigenen Interessen. Weiter



argumentieren sie, dass Fusionen letztlich nur die Grenzen verschieben, aber nicht aufheben – die Probleme in der Zusammenarbeit blieben also bestehen. Aufgrund der verschiedenen Positionen werden das Stadt-GB und die Agglomerations-GB verschiedene Vernehmlassungsantworten einreichen.

Die bisherigen Diskussionen wurden sehr lebhaft geführt und zeigten einen grossen Bedarf auf, sich über das Thema Gemeindefusionen auszutauschen. Es handelt sich bei diesem Thema nicht nur um eine inhaltlich komplexe Materie, sondern auch um eine höchst emotionale Angelegenheit. Deshalb will das Grüne Bündnis die Diskussion weiterführen und ihr den nötigen Raum geben. Noch vor den Sommerferien soll zum Thema Zusammenschlüsse von Luzern mit Agglogemeinden eine Veranstaltung durchgeführt werden.

R E S T A U R A N T B A R  
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23  
6003 Luzern  
Tel 041 210 64 41  
Mo-Fr 6.30 - 20.00  
Sa 7.00 - 18.00  
So 9.00 - ca. 17.00

## Politik in der Gemeinde

**Beinahe vergessene Möglichkeiten**

Philipp Federer, Grossstadtrat, Luzern

Viele meinen, nur mit Initiativen könne die Politik bewegt werden. Weil Initiativen aber eine Menge Unterschriften benötigen, resignieren viele kritische BürgerInnen, die gute Ideen hätten. Mit Erstaunen stelle ich fest, wie wenig bekannt die einfachen politischen Mittel auf kommunaler Ebene sind. Im Zusammenhang mit der Schwanderholzstutz-Strasse bin ich auf diese vergessenen politischen Möglichkeiten gestossen.

Bezüglich politischer Arbeit habe ich meine Jugendzeit in Wolhusen in guter Erinnerung. Vor zwanzig Jahren wirbelten wir in Wolhusen die Politik auf, obwohl wir oft nur zu dritt oder zu viert waren. So beantragten wir verschiedene Traktanden für die Gemeindeversammlung. Wir forderten Gratisvelonummern, Entwicklungshilfebeiträge, Velostreifen, ein Buskonzept, usw. Damit lösten wir rege Diskussionen aus. Die Aufmärsche an den Gemeindeversammlungen waren gross, gewonnen haben wir nie, jedoch einiges ausgelöst. Oft reduzierte sich das Gegenargument darauf, dass wir zu jung seien. Die Velostreifen wurden nach 15 Jahren dennoch verwirklicht, und die Velonummern erfuhren schweizweit eine Vereinfachung. Seit meinem Wegzug aus Wolhusen wurden meines Wissens diese politischen Mittel nicht mehr angewendet.

**Welche einfachen politischen Instrumente gibt es in den Gemeinden?**

Petition: Jede Einwohnerin, jeder Einwohner ist berechtigt, beim Gemeinderat Wünsche, Anliegen oder Beanstandungen als Petition schriftlich vorzubringen. Der Gemeinderat ist verpflichtet, dazu schriftlich Stellung zu nehmen. Er kann zusätzlich an der Gemeindeversammlung Stellung nehmen.

Begehren, Einsetzung einer Kommission: Mit der Einreichung eines eigenen Buskonzeptes erreichten wir, dass eine gemeindliche Buskommission geschaffen wurde.

Budgetanträge: Anliegen, die nicht im Voranschlag enthalten sind, können schriftlich mindestens zehn Tage vor der Versammlung vorgebracht werden. Über den Antrag muss abgestimmt werden.

Anträge an die Gemeindeversammlung: Es kann verlangt werden, dass Anträge zu einem

Anliegen oder nach einer Stellungnahme traktandiert werden. Der Gemeinderat kann das Traktandum aufnehmen, jedoch ist es bei Einzelpersonen nicht zwingend. Gemäss Gesetz ist es ihm empfohlen, sofern dies im Interesse einiger Personen oder einer Gruppe ist. Unsere Anträge wurden immer publiziert und aufgenommen.

Die Anträge brauchen eine Kontaktadresse und sollten begründet sein. Vorteilhaft ist, wenn mehr als eine Person ein Anliegen einbringt. Gut ist immer, wenn einige das Begehren lesen und die Verständlichkeit prüfen.

**Beispiel: Schwanderholzstutz**

In Bezug auf das Strassenbauvorhaben Schwanderholzstutz habe ich Petitionen und Anträge geschrieben. Sie enthalten fünf Fragen, welche eine Diskussion in den betroffenen Gemeinden auslösen sollen. Gemäss Petitionsrecht wünschen wir uns die Beantwortung folgender Fragen (es folgt ein Beispiel für Wolhusen):

1. Findet der Gemeinderat die Verwendung von Steuergeldern in laufende demokratische Entscheidungsprozesse nicht problematisch und eine Beeinflussung des Resultates?
2. Was sagt der Gemeinderat zum Resultat, dass 48 % der Stimmberechtigten in Wolhusen Nein stimmten und nicht seiner Spendenpolitik folgten?
3. Was sagt der Gemeinderat den Nein Stimmentenden, deren Steuergelder er gegen ihren Willen und gegen ihre politische Ansicht einsetzte?
4. Kann sich der Gemeinderat einen Hinter-Rossei-Viadukt (Alternative) vorstellen?
5. Wie gedenkt sich der Gemeinderat in Zukunft bei ähnlichen Abstimmungen zu verhalten? Wird er wieder Geld sprechen?

PS: Neben dem Gebrauch der politischen Mittel braucht es etwas Mut. Diesen hatten SP-Mitglieder trotz undemokratischem Verhalten der Gemeinderäte nicht. Sie haben ja als Kantonalpartei Stimmfreigabe beschlossen, die SP Amt Entlebuch empfahl ein Ja. Von den angeschriebenen SP-Mitgliedern reagierte niemand! In Werthenstein und Hasle wird man dagegen voraussichtlich Anträge einreichen.



## Hallenbad-Neubau im Strandbad Tribtschen Nein zum Projektierungskredit

Katharina Hubacher, Grossstadträtin, Luzern

Am 16. Mai fällt ein wichtiger Entscheid in der Hallenbad-Frage. Die stimmberechtigte Bevölkerung der Stadt Luzern kann über den Projektierungskredit von 1,584 Mio. Franken für den Hallenbad-Neubau im Strandbad Tribtschen abstimmen. Mit dieser Vorlage wird die von uns schon lange verfolgte Variante der Sanierung und Erweiterung des bestehenden Hallenbades nicht berücksichtigt. Mit einem Hallenbad-Neubau im Strandbad Tribtschen würde eine der letzten Grünflächen am See verbaut.

### Unbestritten ist:

Wir brauchen in Luzern ein Hallenbad mit einer zeitgemässen Infrastruktur. Wir brauchen ein Hallenbad für das Schulschwimmen, für den Vereinssport, für die Freizeitaktivitäten von Familien und Einzelpersonen, also ein Hallenbad mit verschiedenen Schwimmbecken, die diesen Bedürfnissen entsprechen. Das Hallenbad muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuss gut erreichbar sein, der Eintrittspreis soll auch für ein kleines Budget erschwinglich sein. All diese Bedürfnisse könnten mit einer Sanierung und Angebotserweiterung im bisherigen Hallenbad berücksichtigt werden.

### Das geplante neue Hallenbad ist abzulehnen, weil:

- damit eine der letzten Grünflächen am See verbaut wird

- das beliebte Familienbad damit verloren geht
- eine Naherholungszone für die BewohnerInnen des schnell wachsenden Tribtschenquartiers verloren geht
- die attraktive Liegeweise im jetzigen Strandbad Tribtschen massiv verkleinert würde. Die geplante Rutschbahn und das Aussenbecken mit dem «bewegten Wasser» würden ein Publikum anziehen, das Fun und Action haben will und nicht beschauliche Ruhe.
- der Neubau so konzipiert ist, dass der Betrieb sehr aufwändig wird. Die Wasserflächen sind auf 6 Ebenen verteilt. Die Überwachung der verschiedenen Becken erfordert deshalb einen hohen Personalaufwand. Die Aussenbereiche und der Zugang zum See werden einen erhöhten Reinigungsbedarf aufweisen. Es sind deshalb überhöhte Eintrittspreise zu befürchten.
- das städtische Hallenbad zu einem regionalen Hallenbad werden soll. Die Besucherzahl soll sich verdoppeln, was zunehmendes Verkehrsaufkommen im Quartier bedeuten würde. Dieser zusätzliche Verkehr wird die Wohn- und Lebensqualität in einem ohnehin schon belasteten Quartier zusätzlich einschränken.
- die Kosten für den Neubau mindestens 10 Mio. Franken höher sind als für eine Sanierung mit Angebotserweiterung. Diese Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zu allfälligen Mehrgewinnen durch einen Neubau.





**Oeko-Hotel  
Gruebisbalm/Rigi**

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

**Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub**  
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70  
email: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

**80 Jahre MV Luzern**

**«Für das Recht der Mieterinnen und Mieter»**

Werden Sie Mitglied und lassen Sie sich beraten!

**MV** 

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern  
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern  
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21  
[www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

## Nein-Parole unbestritten

An der GB-Veranstaltung vom 3. April wurde einstimmig die Nein-Parole zum Projektierungskredit beschlossen. Karl Borgula vom Landschaftsschutzverband Vierwaldstättersee argumentierte vor allem mit der Tatsache, dass die Tribtschenlandschaft im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) eingetragen ist. Claudia Luethi vom VCS wies auf das grössere Verkehrsaufkommen und die Parkplatzproblematik hin. Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Sanierung des bestehenden Hallenbades wurden überzeugend von Cony Grünenfelder präsentiert. Die Anwesenden konnten sich anhand der Begehung sowie der Diskussion im Richard-Wagner-Museum ein anschauliches und klares Bild machen. Das Nein war unbestritten.

### Aus grüner Sicht macht eine Sanierung mit Angebotserweiterung am alten Standort Sinn!

Das bestehende Hallenbad muss nach 35 Jahren saniert werden. Leider haben es Stadtrat und Grosse Stadtrat bisher abgelehnt, die Sanierungs- und Ausbaumöglichkeiten konkret zu prüfen. Abklärungen, welche auf Eigeninitiative von Architekten entstanden sind, zeigen auf:

- Die Grundsubstanz, besonders die Tragkonstruktion, des bestehenden Hallenbades kann erhalten werden. Der Innenausbau, die haustechnischen Installationen, die Oberflächen-

verkleidung und die Fenster können ersetzt werden.

- Die Wasserfläche kann am bestehenden Ort erweitert werden, sodass annähernd die gleiche Grösse erreicht werden kann wie im geplanten Neubau. Für die Schulen werden zwei Schwimmbecken zur Verfügung stehen.
- Das sanierte Hallenbad kann behindertengerecht ausgebaut werden.
- Während der Sanierung kann ein reduziertes Angebot garantiert werden.

Die weiteren Vorteile der Sanierung sind:

- Der zentrale Ort ist zu Fuss, per Velo und Bus gut erreichbar, es entsteht kein Mehrverkehr.



- Das bestehende Hallenbad ist von mehreren Schulhäusern aus in Fusswegdistanz erreichbar. Die Tribtschenbadi wäre für die meisten Schulen ungünstiger zu erreichen.
- Nach der Sanierung werden wir ein modernes Hallenbad haben und das beliebte Familienbad Tribtschen.
- Die Stadt hat in den nächsten Jahren einen hohen Investitionsbedarf, die «gesparten» 10 Mio. Franken könnten gut für die Sanierung der Schulhäuser oder Betagtenzentren gebraucht werden.

## Abstimmungsparole

Projektierungskredit Hallenbad

**NEIN**

## Jugendzirkus Tortellini spielt das Stück aMEERa im Zelt.



vom 13. August bis  
4. September 2004

auf dem Schulhausplatz  
Dula-Säli-Pestalozzi

Infos: [www.tortellini.ch](http://www.tortellini.ch)  
email@tortellini.ch  
078 711 85 14 (ab 1. Juli)

## Baukredit Turnhalle

# Dula, Säli und Pestalozzi

Katharina Hubacher, Grossstadträtin, Luzern

Am 16. Mai kommt die Schulhausvorlage zur Abstimmung. Vorgesehen sind die Sanierung des Schulhauses Dula mit der Umnutzung in ein HPS-Zentrum, die Sanierung der Turnhalle Dula, der Einbau einer Betriebsküche mit Essraum im Untergeschoss des Schulhauses Pestalozzi, der Umbau von Schulzimmern im Dachgeschoss des Schulhauses Säli sowie der Neubau der Doppelturnhalle Säli.

### Schulhaus Dula

Der schlechte bauliche Zustand des Schulhauses Dula erfordert dringend eine gründliche Sanierung. Das Gebäude wurde vor siebzig Jahren erstellt und kein einziges Mal renoviert. 1998 wurde entschieden, dass die HPS in der Stadt Luzern zwei Zentren haben soll. Für die Oberstufe der HPS wurden kürzlich die Schulzimmer in der Schulanlage Würzenbach fertig gestellt.

Künftig soll nun die HPS-Unterstufe im Dula-Schulhaus untergebracht werden. Anstelle der Schulzahnklinik werden Förder- und Therapieräume eingerichtet. Die HPS-Vorstufen in der Geissmatthöhe und in der Rodtegg werden in das Dula-Schulhaus verlegt. Die Förderangebote, Therapien und der Mittagstisch – alles wird künftig in der Schulanlage Dula-Säli-Pestalozzi stattfinden. Das Dachgeschoss wird ausgebaut für Handarbeitszimmer, Sitzungszimmer und Räume für die Lehrervorbereitung. Im Erdgeschoss gibt

es zudem zwei Regelkindergärten anstelle von Ludothek und Kinderhort.

### Sanierung Dula-Turnhalle und Neubau Doppelturnhalle Säli

Der einzige grössere bauliche Eingriff in der ganzen Schulanlage wurde 1969 mit der Aufstockung der Dula-Turnhalle gemacht. Die entstandene Säli-Turnhalle muss nun aber aus

baustatischen, städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gründen abgebrochen werden. Die Dula-Turnhalle muss saniert werden, damit sie den heutigen Bedürfnissen und Sicherheitsanforderungen genügt.

Die Schwingerhalle wird in einen Gymnastikraum mit Spiegelfront und Kletterwand umgebaut. Im Untergeschoss werden neue Garderoben, Duschen und Toiletten eingerichtet. Der Kinderhort wird anstelle der Hauswartwohnung im Obergeschoss der Dula-Turnhalle eingerichtet. Das Raumangebot wird grösser, sodass künftig mehr Kinder in den Hort aufgenommen werden können. Die



Hauswartwohnung wird über dem Hort anstelle des nicht mehr benötigten Wasch- und Trocknungsraums realisiert.

In der vorgesehenen Variante wird die neu zu bauende Doppelturnhalle Säli zu zwei Dritteln in den Boden versenkt. Das Dach der neuen Turnhalle wird wieder begrünt und soll begehbar sein. So kann die für den Neubau benützte Grünfläche ersetzt werden. Da in diesem Quartier Grünflächen sehr rar sind, ist dies ein wichtiger Aspekt.

### Schulhäuser Pestalozzi und Säli

Im Untergeschoss des Pestalozzi-Schulhauses werden zwei Schulküchen und eine Betriebsküche mit einem Essraum für die HPS eingebaut. Für die bestehende Turnhalle besteht noch kein fixes Raumprogramm. Dieser Raum könnte evtl. später für familienergänzende Betreuung genutzt werden.

Im Dachgeschoss des Schulhauses Säli werden Schulzimmer um- und ausgebaut. Dort soll der Fremdsprachenunterricht HSK und die Spezielle Förderung SF angeboten werden.



### Städtebauliche Bedeutung

Das Säli-Schulhaus wurde 1896–1898 nach den Plänen der Architekten Metzger aus Zürich sowie Vogt und Griot aus Luzern gebaut, das Pestalozzi-Schulhaus 1903/04 vom Luzerner Architekten Schnyder.

Die beiden Bauwerke sind qualitätsvolle Beispiele des Späthistorismus. Das Dula-Schulhaus wurde 1933 vom Architekten Albert F. Zeyer erstellt. Zeyers Bauten gehören zu den bedeutendsten Beispielen für das «Neue Bauen» in der Schweiz.

Die ganze Schulanlage wurde am 18. Juli 2003 ins kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen und als «Bauwerk von nationaler Bedeutung» eingestuft.



### Gesamtanlage Dula-Säli-Pestalozzi

Die Schulhäuser und Turnhallen sollen von einem zentralen Heizwerk mit moderner Grundwasser-Wärmepumpenanlage versorgt werden. Diese Anlage entspricht unserer Vorstellung, wie städtische Bauten und Anlagen beheizt werden sollen. Leider wird auf eine zusätzliche solare Warmwassererzeugung verzichtet. Die Anlage soll selbstverständlich rollstuhlgängig sein. Kinder, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, sollen von keinen baulichen Schranken mehr behindert oder ausgegrenzt werden.

### Die Bedeutung der Vorlage

Die Sanierung der Schulhäuser Dula, Säli und Pestalozzi wurde in Luzern sehr lange immer wieder zurückgestellt. Wer die Schulhausan-

lage kennt, weiss, in welchem kritischen Zustand sie sich befindet. Die sanitären Anlagen sind veraltet, die Böden, Decken und Wände fleckig, abgenutzt und überaltert. Beleuchtung und technische Einrichtungen entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Wer die Anlage nicht kennt, sollte sich nur mal den Innenhof anschauen: ein trister Platz mit wenig Ambiente. Die bestehende Grünfläche ist aber enorm wichtig, da die Kinder im Quartier sonst kaum ein entsprechendes Angebot haben. Die vorgesehene Lösung mit dem begehbaren Dach der Doppelturnhalle kann für das Quartier zu einem attraktiven neuen Aussenraum werden.

Trotz der vielen und hohen Investitionskosten, die in Luzern anstehen, darf dieses Vorhaben nicht mehr zurückgestellt werden. Kinder brauchen eine Lernumgebung, die freundlich, hell und ihren Bedürfnissen entsprechend eingerichtet ist. Eine moderne Schule lebt von einer zeitgemässen Infrastruktur. Eine zukunftsgerichtete Stadt, die für Familien attraktiv sein will, braucht entsprechende Schulzentren. Was wir in der heutigen Anlage Dula-Säli-Pestalozzi antreffen, wird diesem Anspruch nie gerecht.

### Abstimmungsparole

Baukredit Dula, Säli und Pestalozzi

**JA**

## stattkino

ab 29. April.	SCHULTZE GETSTHEBLUES Michael Schorr
ab 2. Mai	UCKERMARK Volker Koepp
ab 6. Mai	CAMPING, CAMPOING – FANTOCHE AM FUMETTO
ab 13. Mai	E LA NAVEVA; LA STRADA; AMARCORD Federico Fellini
ab 20. Mai	3. PINK PANORAMA
ab 3. Juni	ELENI – DIE ERDEWEINT Theo Angelopoulos
ab 24. Juni	L'HISTOIRE DE MARIE ET JULIEN Jacques Rivette
Stattkino im Panorama Luzern	Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm <a href="http://www.stattkino.ch">www.stattkino.ch</a>



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,  
unser Team freut sich auf ihren  
Anruf 041 410 40 70

**BE | NETZ**  
Bau und Energie

BE Netz AG  
Bernstrasse 57a  
6003 Luzern  
[info@benetz.ch](mailto:info@benetz.ch) / [www.benetz.ch](http://www.benetz.ch)

## Dreijähriges Pilotprojekt Tagesschule Der Luzerner Dauerbrenner!

Agatha Fausch, Grossstadträtin und Gründungsmitglied Tagesschulverein, Luzern

Am 16. Mai stimmen wir über das dreijährige Pilotprojekt Tagesschule Luzern ab. Für uns Grüne ist die Frage der Tagesschule seit mehr als zwanzig Jahren ein Dauerbrenner. Grüne haben den Tagesschulverein immer aktiv unterstützt, Unterschriften gesammelt, Umfragen beantwortet und sich für diese schul- und familienergänzende Betreuungsform aktiv eingesetzt.

### Was bringt die Vorlage?

Im Dezember hat sich das Stadtparlament mit knappem Mehr für eine Tagesschulvorlage ausgesprochen. Sie ist als Versuch für drei Jahre konzipiert und bringt Folgendes:

- Erstens eine Tagesschule im Schulhaus Grenzhof.
- Zweitens Schule und Betreuung in den Schulhäusern St. Karli und Hubelmatt. Bei diesem Modell können Eltern für ihre Kinder wahlweise eine Betreuung morgens vor Schulbeginn bzw. über Mittag oder Aufgabenhilfe und Kursangebote am Nachmittag verlangen.
- Drittens werden Mittagstische weitergeführt, Schülercafés für die Oberstufe eingerichtet und die Schülerhorte mit den neuen Angeboten vernetzt.

Die Opposition argumentierte wie folgt: Die SVP-Fraktion möchte am liebsten, dass die Mütter am Herd bleiben, und ist gegen den Ausbau von schulergänzender Kinderbetreuung! Eine Ratsminderheit aus FDP- und CVP-Leuten wollte eine Minivariante: keine Tagesschule, sondern nur Schule und Betreuung auf Bestellung. Zu bedenken ist aber: Das flexible Modell Schule und Betreuung dient jenen Eltern, die nur einzelne Betreuungslücken ergänzen wollen. Für viele Familien bringt es zu wenig Konstanz und Sicherheit. Das seit Jahren diskutierte Modell einer freiwilligen Tagesschule kann nun frühestens 2005 umgesetzt werden. Das Referendum der SVP verzögert den Fortschritt um ein Jahr.

### Keinesfalls teurer als ein Hort

Die Tagesschule ist – insbesondere nach der Einführungsphase – keineswegs teurer als die Führung von Horten. Dafür bringt eine Tagesschule pädagogische und sozialpolitische Vorteile.

- Tagesschulen sind ein Betreuungsangebot mit einem hohen Mass an Konstanz und Sicherheit für die Kinder.
- Kinder lernen, wie sie mit andern Kinder zusammen leben können.
- Wenn die Kinder in der Tagesschule sind, können Eltern arbeiten. Tagesschulen fördern die berufliche Gleichstellung von Frau und Mann.

Jetzt braucht es ein klares und entschlossenes Engagement von Vätern und Müttern und solchen, die es werden möchten. Wir sagen Nein zur Zwängerei von einigen «Ewiggestrigen»! Die Tagesschule ist auch ein Plus für den Wirtschaftsstandort Luzern. Ausserdem erhöht sie die Attraktivität unserer Stadt als Wohnsitz für junge Familien.

### Die Tagesschule braucht jetzt Ihr Engagement

Vor einigen Tagen haben Sie die Planung der Abstimmungskampagne für ein Ja zur Tagesschule erhalten. Wir bitten Sie um Ihre klare Unterstützung. Sie können

- dem Unterstützungskomitee beitreten,
- einen Beitrag einzahlen,
- einen LeserInnenbrief schreiben,
- an einer Standaktion zwischen dem 24. April und dem 8. Mai mitmachen
- eine Tagesschul-Fahne an Ihrer Hausfassade aufhängen oder
- ein Namensinserat unterzeichnen bzw. sponsern.

Haben Sie den Brief schon weggelegt? Dann ist es nicht zu spät. Mit einem Telefon ans Sekretariat bekommen Sie alle gewünschten Angaben. Wir brauchen Ihr Engagement!  
[www.tagesschule-luzern.ch](http://www.tagesschule-luzern.ch)



### Abstimmungsparele

Pilotprojekt Tagesschule

JA

# Neugestaltung der Kantonsstrasse

## Eine wohl einmalige Chance

Karin Probst-Wirz, L2O, Horw

Im Zusammenhang mit der A2-Sanierung verfügte seinerzeit der Regierungsrat, dass die Horwer Kantonsstrasse verkehrsberuhigt werden müsse. Täglich dürfen «nur» mehr 6'000 statt wie zurzeit 12'000 motorisierte Fahrzeuge passieren, und der Schwerverkehr muss das Zentrum auf der neu erstellten Ringstrasse umfahren.

Der Horwer Gemeinderat legt ein interessantes Projekt vor, welches eine Begegnungszone vorsieht, mit begrünter Mittelparkierungsmöglichkeit für Autos, einem Fussgängerbereich, der nur durch Poller abgegrenzt ist, und moderner, urbaner Gestaltung. Leider scheiterte die Begegnungszone mit Tempo 20 am Einwohnerrat und den Bedenken des Gewerbes. Doch auch mit Tempo 30, wie es die aktuelle Abstimmungsvorlage vorsieht, scheint

uns das Projekt wichtig genug, um uns weiterhin dafür einzusetzen.

Dieses Projekt ist die wohl einmalige Chance, unserer Gemeinde endlich ein gestaltetes Gesicht zu geben. Wenn der Souverän dem Vorhaben, hinter welchem zurzeit wohl alle Parteien, Quartiervereine und der Gewerbeverein stehen, am 16. Mai gutheissen wird, kann die Kantonsstrasse zu einem Ort der Begegnung werden, wo Fussgänger und Autos ebenso Raum haben werden wie Velos, Kinderwagen und der Linienbus.

Im umgestalteten Bereich werden Geschäfte und Restaurants ihre Dienste anbieten können, ohne dass Durchgangsverkehr einen sicheren und angenehmen Aufenthalt verunmöglicht. Nur so kann sich das Gewerbe wohl längerfristig gegen grosse, nicht allzuweit entfernt liegende Einkaufszentren behaupten. Wenn es gelingt, die Horwerinnen und Horwer auf den Geschmack des Flanierens und des Einander-Begegnens im Zentrum zu bringen, dann werden sie dort auch ihre Einkäufe tätigen.



### Abstimmungsparole

Neugestaltung Kantonsstrasse

JA

Einige Gäste haben bei uns ihre dichterische Ader entdeckt. Wir zitieren:

- «Essen, das auch der Seele gut tut.»
- «Weltklasse.»
- «Von einem andern Planeten.»
- «Eine Sensation der Sinne.»
- «Food aus den Sphären.»
- «Überirdisch gut.»
- «Hinreissend.»

Wir geben zwar keine Garantie, dass Sie hingerissen oder abgehoben werden, wenn Sie in der

### KOSTGEBEREI

essen, aber geniessen werden Sie unsere leichten, bekömmlichen Vollwertmahlzeiten allemal.

Jeden **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** über Mittag.  
Übrige Zeiten für Gruppen auf Anfrage.

Kostgeberei  
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13



Die Idee  
von Ihnen

---

Das Holz  
aus der Region

---

Die Qualität  
vom Schreiner

Stefan Suhner  
Möbelschreinerei  
Rösslimattweg 8  
6005 Luzern  
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



PARKETTARBEITEN  
MALERARBEITEN  
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36  
6005 LUZERN  
TEL. 079 650 79 42

## Das Grüne Bündnis sucht Politische Sekretärin, politischen Sekretär

**Mit ruhiger Hand, Organisationstalent und Empathie. Pensum 30-40 %**

Wenn du ...

- ... dich für Politik auf kantonaler und städtischer Ebene interessierst
  - ... ein Flair fürs Organisatorische hast
  - ... gern im Zweierteam selbstständig arbeitest
  - ... mit Computer und Bürotechnik umzugehen weisst
  - ... nicht menschenscheu und
  - ... zeitlich relativ flexibel bist,
- dann melde dich bei uns.

Wir bieten einen fairen Lohn, gute Sozialleistungen und einen zentral gelegenen Arbeitsplatz.

Stellenantritt: September 2004

Weitere Auskünfte erteilt dir das Sekretariat (Telefon 041 360 79 66, vormittags). Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis 15. Mai 2004 an: Grünes Bündnis, Neustadtstr. 34, Postfach 31, 6000 Luzern 4.

### Abstimmungs- und Wahlsonntag

Am 16. Mai werden in der Schweiz die Weichen gestellt. Für eine soziale, verantwortungsvolle und gerechte Schweiz – oder für eine Schweiz, in der die knapper werdenden Mittel zu den Reichen hin umgeschüffelt werden.

In einigen Gemeinden kommt es zu zwei Wahlgängen. Auch hier geht es darum, fortschrittlichen Kräften die Stimme zu geben, allen voran Cyrill Wiget in Kriens und Hanspeter Herger in Emmen.

Die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen finden Sie bei den jeweiligen Artikeln. Gehen Sie wählen und abstimmen.

### Kantonale Generalversammlung

Für Montag, den 10. Mai laden wir unsere Mitglieder zur GV ein. Wir halten Rückblick auf das vergangene Jahr, wählen Vorstand, Präsidium sowie weitere ExponentInnen und informieren über die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte.

Ort und Zeit:

«café sowieso», Wesemlinrain 3a, 20.15 Uhr.

Vorgängig zur GV (um 18.00 Uhr) treffen wir uns zum gemeinsamen Nachtessen im «café sowieso».

### Englischkurse 2004

[www.english-on-dartmoor.com](http://www.english-on-dartmoor.com)  
in einem Landhaus in Devon  
(Süd/West-England)

Elementary English Courses  
English Refresher Courses  
English Conversation Course  
and English Gardens  
English Conversation Course  
and Arts and Crafts in Devon

Kursdauer: 2-3 Wochen  
Das Essen ist vegetarisch  
Das Mindestalter: 26 Jahre

Auskünfte und Anmeldungen bei  
Lynn Rawlinson  
[info@english-on-dartmoor.com](mailto:info@english-on-dartmoor.com)  
Telefon: 0044 1364 73117

### CasaConsult

R. Fankhauser & L. Theiler  
das andere Immobilienbüro

Wir beraten Sie gut, verwalten oder verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Wir haben immer interessante Angebote.

Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14  
[www.casaconsult.ch](http://www.casaconsult.ch)



mer zue, **ech lose euchem Seich ou zue**», als er eine Verschwörungstheorie bezüglich Schulzahnärzte breitwalzte.

Bei den Grünen (und der SP) musste festgestellt werden, dass die Männerförderung nicht so ganz greift. **Die Frauen führen Glanzresultate ein.** Bei den Detailstimmen rätselt frau immer noch, welcheR Grüne dem Holenweger eine Stimme gegeben hat und umgekehrt welcher SVPLer den beiden Jonas je eine Stimme. Vermutlich wird dies immer ein Geheimnis bleiben. **Mit nur ca. hundert Listen mehr hätte das Grüne Bündnis einen zusätzlichen Sitz geholt**, ohne ihn der SP wegzuschnappen.

Gefreut hat uns die Wahl von Lathan Suntharalingam. Wir hätten ihm aber mehr SP-Stimmen gegönnt (innerhalb der SP war er Elfter) statt GB-Stimmen (damit wurde er Zweitbester). Gestaut haben wir sowieso, dass Judith Stamm und Franz Kurzmeyer jetzt SP-Mitglieder sind. Ihre Unterschrift für Lathan mutierte SVP-like zur Empfehlung der SP-Liste.

Ein Stadtratskandidat spezieller Güte schrieb zum Thema Einbürgerungen einen vertrackten Leserbrief an die Juristenzeitung «Plädoyer» (1/04). Was Viktor Rüegg den LeserInnen auftischte, war wieder einmal entlarvend. Mit keinem Wort ging er auf die Argumente des Bundesgerichts bezüglich Einbürgerung ein. Mit **buddhistischen Eskimos** – gibt es das überhaupt oder sind Inuits nicht Anhänger einer eigenen Naturreligion? – versuchte Rüegg eine Quotendiskussion bezüglich Regierungsratswahlen zu lancieren. Dabei konnte er für buddhistische Eskimos keinen Anspruch ableiten, was übrigens niemand verlangt. Dieses umwerfende Beispiel benutzte Rüegg dann gegen das Bundesgericht, welches die Information der StimmbürgerInnen und das Recht auf Privatsphäre der Einbürgerungswilligen thematisierte. Erheiternde Antwort-Leserbriefe folgten dann in der «Plädoyer»-Ausgabe Nr. 2/04.

Die Grosstadtratswahlen vom 28. März: Für die Linken ein Erfolg, für FDP und CVP eine Niederlage. Nach der Facts-Ausgabe vom 11. März («Eine Partei in Panik» und «Weichsinn – Freisinn») war für die FDP nicht mehr viel zu erwarten. Mit überraschend wenig Verlusten mogelte sich die CVP in der Stadt auf Kosten der CSP durch. Von den SVP-Grosstadträten wurde erwartungsgemäss Yves Holenweger abgewählt. Doch das Parlament muss ihn möglicherweise wieder ertragen, weil der dauerabstinente Marco Soldati an Rücktritt denkt und der Doppelmandatsträger Vogel zurücktreten möchte. Höhepunkt der letzten Ansprache Holenwegers war: «Loset

## Impressum

### Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,  
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5  
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie  
Kamber, Maria Portmann, Michael Töngi

### Korrektorat

Nina Ceresa

### Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern  
Tel. 041-360 52 52, Fax 041-362 22 37

### Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6004 Luzern  
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

### Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

### Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

### Redaktionsschluss

RundBrief 4/2004, 14. August 2004

# Rundbrief

## Agenda

### April

Datum Zeit Veranstaltung · Ort  
Mo 26. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat GB

### Mai

Datum Zeit Veranstaltung · Ort  
Sa 01. Tag der Arbeit

Mo 03. 20.10 **Erweiterter städtischer Vorstand**: Diskussion zur Machbarkeitsstudie Fusion Luzern – Littau

Mo 10. 18.15 **Gemeinsames Nachtessen**, café sowie so, Wesenlinrain 3a, Luzern

Mo 10. 20.15 **Kantonale Generalversammlung**, café sowie so, Wesenlinrain 3a, Luzern

So 16. **Abstimmungssonntag 2. Wahlgang Gemeinderatswahlen**

Mo 17. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat GB

Mo 24. 20.10 **Städtischer Vorstand**, Sekretariat GB

Di 25. 19.30 **GrünTisch**, Restaurant Storchen, Kornmarkt, Luzern

Di 25. 19.30 **Frauentreff**, Sekretariat GB

# Rundbrief

## Agenda

### Juni

Datum Zeit Veranstaltung · Ort  
Mo 07. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Ort wird noch bekanntgegeben

Mo 07. 20.10 **Städtischer Vorstand**, Ort wird noch bekanntgegeben

Mo 28. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat GB

Mo 28. 20.10 **Städtischer Vorstand**, Ort wird noch bekanntgegeben

Di 29. 19.30 **GrünTisch**, Restaurant Storchen, Kornmarkt, Luzern

### August

Datum Zeit Veranstaltung · Ort  
Mo 23. 20.10 **Städtischer Vorstand**

### September

Datum Zeit Veranstaltung · Ort  
Mo 06. 20.10 **Städtischer Vorstand**

Mo 13. 19.30 **Frauentreff**, Sekretariat GB